



Hauptstadt-Bulletin

Debatte im Plenum zur Wohnungsnot

Der angespannte Wohnungsmarkt belastet viele Familien in Deutschland. Der Städtetag geht davon aus, dass deutschlandweit derzeit etwa 1 Million Wohnungen fehlen. Der Immobilienkauf ist für normale Familien kaum zu finanzieren. Ständig steigende Mieten sorgen oftmals dafür, dass Menschen bis an die finanzielle Schmerz- und Belastungsgrenze gehen oder in kleinere Wohnungen umziehen müssen. In der Debatte im Plenum waren sich die Parteien darin weitgehend einig, dass bezahlbarer Wohnraum die soziale Frage der nächsten Jahre sein wird. Neuen Wohnraum schafft man aber nur durch Bauen. Dafür muss Deutschland auf die Marktwirtschaft und ihre Kräfte vertrauen. Deshalb hat die Union auf die Einführung des Baukindergeldes und weiter auf Entlastungen bei der Grunderwerbssteuer gedrängt. Außerdem gibt der Bund weiterhin Milliarden für den sozialen Wohnungsbau, der seit 2006 originäre Aufgabe der Länder ist. Zentral für die Union ist, dass es möglichst schnell mehr Bauland gibt und Bauprozesse so beschleunigt werden, dass weniger Baukosten entstehen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

eine weitere Episode in der Kategorie "gut gemeint, aber schlecht gemacht" hat sich in dieser Woche im politischen Berlin zugetragen. Linke, Grüne und auch Teile der SPD beschäftigen sich ernsthaft damit, Wohnungsgesellschaften angeblich auf Grundlage des Grundgesetzes enteignen zu wollen. Zunächst eine Berliner Idee, fällt sie jetzt auch bundesweit durchaus auf fruchtbaren Boden, so auch beim "Shootingstar" der Grünen, Robert Habeck. Diejenigen, die anderen Parteien gerne Populismus vorwerfen, reden hier aber ganz offensichtlich selbst einer bestimmten Klientel nach dem Munde. Für einen überzeugten CDU-Baden-Württemberger, der sich allmählich an das süddeutsche grün-schwarze Koalitionsmodell gewöhnt hat, werden damit auf Bundesebene die Hoffnungen auf einen möglichen Jamaika-Koalitionspartner, mit dem ernsthafte Politik betrieben werden kann, immer mehr infrage gestellt. Die Parteivorsitzenden der Bundes-Grünen sind politisch offenkundig anders aufgestellt, als Winfried Kretschmann. Die Weigerung, die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, die Pläne für eine Zerschlagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz oder die Kampagne gegen brennstoffbetriebene Autos ragen hinter der lockeren Fassade übergroß hervor.

Was heißt das nun für die Union? Wir sollten uns nicht durch Umfragen verrückt machen lassen - wer jedem Zeitgeist hinterher rennt, wird schnell Witwer. Stattdessen geht es darum, klares Profil für unsere Wähler zu zeigen und weniger auf Koalitionen zu spielen.

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Intensive Debatte im Plenum zur Pränatal-Diagnostik

Bei sogenannten Risikoschwangerschaften können sich werdende Eltern für eine Fruchtwasseruntersuchung entscheiden, die von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bezahlt wird. Anhand der Untersuchung kann herausgefunden werden, ob beim werdenden Kind Trisomie 21, auch Down-Syndrom genannt, besteht. Diese invasive Methode birgt allerdings die Gefahr einer Fehlgeburt. Der Bluttest ist hingegen für Frau und Kind ungefährlich. Im Plenum des Bundestages hat sich nun eine intensive Debatte darüber entwickelt, ob der Bluttest eine Regelleistung der GKV werden sollte. Dabei ging es vorwiegend um ethische Fragen. Für die Mehrheit der Unionsfraktion steht im Vordergrund, dass grundsätzlich stärker gezeigt werden sollte, was für ein Geschenk auch Kinder sind, die an dem Down-Syndrom leiden. Leben werde von Vielfalt und nicht durch das Perfekt bestimmt.



BPA-Besuchergruppe aus dem Wahlkreis

Armin Schuster im Gespräch mit Besuchergruppen

Sitzungswochen bedeuten für Bundestagsabgeordnete auch Gespräche mit Bürgern, die den Bundestag besuchen. In dieser Woche waren es Politikinteressierte aus dem Wahlkreis, die auf Einladung des Bundespresseamtes (BPA) eine Bildungsreise ins politische Berlin durchführten, und eine Gruppe der Polizeigewerkschaft aus Baden-Württemberg. Im Gespräch mit den Polizisten wurde ausgiebig über das Thema des Gefahrenpotentials von IS-Rückkehrern diskutiert - eine wichtige Aufgabe für die Sicherheitsbehörden in den nächsten Jahren.



Armin Schuster im Gespräch mit der Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg

KURZ BERICHTET

53% der Deutschen gemäß Body Mass Index (BMI) übergewichtig

Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April mitteilte, waren nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2017 rund 53 % der Bevölkerung ab 18 Jahre gemäß der festgelegten Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) übergewichtig. Der BMI wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Die WHO stuft Erwachsene mit einem BMI über 25 als übergewichtig ein. Mit einem Wert über 30 gelten Erwachsene als stark übergewichtig (adipös). Der Anteil der adipösen Menschen betrug 2017 rund 16 %.

+++ Terminankündigung +++

Dr. Norbert Röttgen am 2. Mai in Weil am Rhein

Der CDU Stadtverband Weil am Rhein hat für Donnerstag, den 2. Mai 2019 einen besonderen Gast eingeladen. Der CDU-Außenpolitiker Dr. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, wird ab 19 Uhr einen Vortrag zum Thema „Schutzmacht Europa - eine Antwort auf den Zerfall der internationalen Ordnung?“ halten. In der anschließenden Diskussion haben alle Gäste die Möglichkeit, Fragen an den Bundespolitiker zu stellen. Gerade vor dem Hintergrund des bevorstehenden Brexits und weiterer nationalistischer Strömungen in manchen Mitgliedsländern der Europäischen Union stellt sich die Frage nach den Einflussmöglichkeiten europäischer Politik in einer sich ändernden Welt.

TERMINHINWEISE

13. April 2019

Kreisparteitag des CDU Kreisverbandes Lörrach
14:00 Uhr | Gemeindehalle Binzen

27. April 2019

6. Wiesentäler Wasserlauf
Start 8:00 Uhr | Quelle am Feldberg

30. April 2019

Veranstaltung der CDU Freiburg
19:30 Uhr | Hotel SCHIFF, Freiburg im Breisgau

3. - 4. Mai 2019

73. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg
Kultur- und Kongresshalle, Oberschwaben in Weingarten